

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/538

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/539

Und:

Rettungspaket KITA

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/538

Vorsitzender Wolfgang Jörg teilt mit, da der federführende Haushalts- und Finanzausschuss im Sachzusammenhang letztmalig berate und dann über das Haushaltsgesetz abstimme, müsse auch der hiesige Ausschuss heute zur Abstimmung kommen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe es bereits ausgeführt: Das KITA-Rettungspaket ist ein Aspekt, der uns hier natürlich ganz besonders interessiert. Wir schaffen mit dem Nachtrag für diesen Bereich einen fundamentalen Baustein. Auch soweit es um den Unterhaltsvorschuss geht, haben wir die notwendigen Maßnahmen getroffen. Für den Bereich „Kinder, Familie und Jugend“ ist es sehr gut ausgegangen. Ich bin ebenfalls sehr froh, dass es uns gelungen ist, im Bereich der Unterfinanzierung etwas zu kompensieren.

Ich darf darauf verweisen, dass das Ganze politisch im Bereich einer Schlussbilanz gesehen wird. Wir haben gesagt: Es gibt einfach bestimmte Bereiche, in denen wir eine Unterfinanzierung vorgefunden haben, die eine unmittelbare Reaktion notwendig gemacht hat. Deswegen haben wir die entsprechenden Mittel so eingestellt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg schlägt für die sich anschließende Aussprache vor, zunächst die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zu Wort kommen zu lassen. In der sich anschließenden Runde werde die Aussprache für alle Ausschussmitglieder geöffnet.

Jens Kamieth (CDU) zeigt sich erfreut über den von der Koalition vorgelegten Nachtragshaushalt. Die Schwerpunkte seien richtig gesetzt worden. So habe beispielsweise die Kita-Rettung im Bericht des Ministers schon eine Rolle gespielt. Allenthalben sei bekannt, dass sie eine der wesentlichen Zukunftsherausforderungen darstelle. Die jetzige Herangehensweise an das Thema sei dringend erforderlich gewesen und räume den Kindertageseinrichtungen den nötigen Spielraum ein. Bei der Gelegenheit erinnere er an Stichpunkte wie „Öffnungszeiten“ und „Abgabe der Trägerschaft“. Der so aufgebaute Druck liege nun nicht mehr auf dem System. Die positiven Reaktionen vor Ort – beispielsweise des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses aus seiner Heimatstadt, einem grünen Parteimitglied – erfreuten zumindest ihn als Unionspolitiker. Die in Rede stehenden 500 Millionen € würden quasi „abgefeiert“. Deutlich werde, dass man den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Seitens seiner Fraktion gehe er davon aus, dass nunmehr „der Knoten platzen werde“. Das gelte auch für andere Bereiche wie etwa Förderschulen, wo alleine schon das reine Bekenntnis die Anmeldezahlen nach oben schraube. Es werde nicht mehr so schwierig wie zuvor sein, Träger für eine Bautätigkeit zu gewinnen. Immerhin sei die Finanzierung jetzt sichergestellt.

Im Zusammenhang mit dem Unterhaltsvorschussgesetz sei es erfreulich zu hören, dass die kommunalen Spitzenverbände sehr konstruktiv mitgearbeitet hätten und sich ernst genommen fühlten. Die Lösung, die man gefunden habe, mache Schluss mit der seit Jahren bestehende Benachteiligung von NRW-Kommunen im Verhältnis zu anderen Kommunen bundesweit. Der kommunale Anteil sei bisher sehr viel höher gewesen, der Rückfluss aber nicht entsprechend zurückgegeben worden. – Seine Fraktion werde den Nachtragshaushalt sehr positiv begleiten.

Josefine Paul (GRÜNE) erinnert daran, auch als sie 2010 im Landtag angefangen habe, sei es parlamentarische Tradition gewesen, dass ein Nachtrag notwendig gewesen sei, um „Versäumnisse der Vorgängerregierung“ abarbeiten zu können. Dieses Argument sei heute genauso wahr oder vorgeschoben wie damals.

Sie können durchaus nachvollziehen, dass – wie es der Abgeordnete Kamieth dargestellt habe – in nichtöffentlichen Sitzungen Mitglieder ehemals regierungstragender Fraktionen die besagten 500 Millionen € lobten. Allerdings reiche das vom Minister apostrophierte bloße Bekenntnis bei der notwendigen Reform des Systems nicht aus, sondern sei lediglich geeignet, zwei Kitajahre „Zeit zu kaufen“, um Ruhe in die Landschaft zu bringen. Sie werde aufmerksam beobachten, ob die weiteren Schritte tatsächlich für eine grundsätzliche Reform ausreichten. Dabei gehe es auch darum, Überreste des Kinderbildungsgesetzes anzupacken. Beispielsweise seien die Kindpauschalen als ohnehin falsche Finanzierungsgrundlage Vermächtnis einer schwarzen Landesregierung.

Über die bekannte Problematik in der Kita-Landschaft hinaus interessiere sie, wie der Minister auf „500 Millionen €“ gekommen sei. Weshalb schlage der Minister zur Problemlösung das relativ ungewöhnliche Haushaltsverfahren ein? Immerhin wäre es möglich gewesen, unbürokratisch im normalen Haushaltsverfahren für die Jahre

2018/2019 Pauschalauszahlungen vorzunehmen. Der vom Minister beschrittene Weg erschließe sich ihr auch nicht anhand der Gesetzesbegründung.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erinnert zu Beginn seiner Ausführungen an die Kleine Anfrage seiner Fraktion zum „Kita-Rettungspaket“. Es habe sechs Wochen gedauert, bis das Ministerium die Anfrage beantwortet und – einen Tag vor der Sitzung! – vorgelegt habe. Er, Maelzer, gehe für die Zukunft davon aus, dass die nach der Geschäftsordnung des Landtags vorgesehenen Fristen eingehalten würden.

Die Antwort der Landesregierung habe sehr wenig Gehalt gehabt. Demgegenüber habe der Abgeordnete Kamieth gelobt, wie detailreich die Ausführungen des Ministers zum Kita-Rettungspaket als einem der Schwerpunkte gewesen seien. – Für die in Rede stehenden „500 Millionen €“ gebe es mit Sicherheit eine Grundlage. Das Ministerium solle aufschlüsseln, wie viele Gruppen der Formen 1, 2 und 3 mit welchem Betreuungsumfang zurzeit in Nordrhein-Westfalen insgesamt existierten. Mit welchem Betrag, so wolle er wissen, bezifferte die Landesregierung die KiBiz-Lücke, bis von „Auskömmlichkeit“ die Rede sein könne?

Wie viele Einrichtungen seien aktuell von Schließung bedroht? – Wenn der Erhalt von Einrichtungen eines der Hauptziele des Kita-Rettungspakets sei, handele es sich dabei um einen wichtigen Gesichtspunkt. Eine Größenordnung müsse mitgeteilt werden können. – Konsequenterweise ergebe sich der Finanzbedarf, mit dem Schließungen abgewendet werden könnten, zumal der Minister schon im Plenum ausgeführt habe, dass in den nächsten beiden Jahren keine Kita eine Trägerschaft aus finanziellen Gründen zurückgeben müsse. Diese Aussage, die so auch in der heutigen Rede des Ministers gefallen sei, lege nahe, dass der Umfang des Finanzbedarfs – beispielsweise für eine zweigruppige Einrichtung in Trägerschaft einer evangelischen Kirchengemeinde – bekannt sei.

Ihm, Maelzer, vermittele sich der Eindruck, dass Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden sollten. Zu einer spezifischeren Verteilung habe unter anderem die freie Wohlfahrtspflege eine einrichtungsübergreifende Verwendung vorgeschlagen. Werde der Minister das zusagen können?

Der Abgeordnete Kamieth habe davon gesprochen, dass mit den zur Verfügung gestellten Mitteln auch Bautätigkeit ausgelöst werden solle. Dieser Verwendungszweck der Mittel sei ihm, Maelzer, bisher nicht geläufig gewesen. Ungeachtet einer gewissen finanziellen Sicherheit für bauwillige Träger sei im Referentenentwurf für die Förderung der Stichtag 15. März 2017 vorgegeben. Damit würden sämtliche aktuell noch im Bau befindlichen Einrichtungen oder Kita-Plätze von dem besagten Rettungspaket nicht profitieren. Werde der Minister gegebenenfalls einen Weg aufzeigen, von dem noch entstehende zusätzliche Plätze profitieren könnten? Oder werde er sofort mit einer Unterfinanzierung starten?

Die SPD-Fraktion habe sich immer dafür ausgesprochen, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Warum bilde die Landesregierung diese Ungleichheit in ihrem Gesetz nicht stärker ab, wenn es um Einrichtungen gehe, die eine besonders schwere Last zu tragen hätten und deshalb einer besonderen Unterstützung bedürften?

Marcel Hafke (FDP) dankt der Landesregierung für die Vorlage eines guten, sehr offenen und fairen Nachtragshaushalts. In der Tat gehe es um die Schlussbilanz, die eine rot-grüne Landesregierung zu verantworten habe. Die Situation, die Schwarz-Gelb vorgefunden habe, hänge maßgeblich von dem ab, was Rot-Grün während seiner Regierungszeit nicht geleistet habe. Im Jahr 2010 hätten Träger teilweise sogar noch über Rücklagen verfügt und sich in einer finanziell guten Lage befunden. Nach sieben Jahren rot-grüner Regierungszeit liefen mittlerweile 80 Prozent aller Kindertageseinrichtungen defizitär.

Rot-Grün habe 2010 und 2012 ein neues Kinderbildungsgesetz im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Schwarz-Gelb habe bei Regierungsübernahme nichts dergleichen vorgefunden. Die ehemalige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft habe sogar blockiert, dass ein neues Gesetz auf den Weg gebracht werde. Stillstand sei in den letzten Monaten das Maß gewesen. Im Ergebnis sei es zur Abgabe von Trägerschaften gekommen. Der ehemalige Sprecher der SPD-Fraktion habe noch davon gesprochen, dass es kein Erkenntnisdefizit gebe. Weil die Träger vor dem finanziellen Kollaps stünden, habe die jetzige Regierung ein Rettungsprogramm aufgelegt, mit dem 500 Millionen € auf den Weg gebracht würden. Die Kommunen gäben aus eigenen Mitteln 200 Millionen € in das System, weil sie Trägervielfalt vor Ort erhalten wollten. Wenn dies nicht geschähe, würden die Kindertageseinrichtungen vor Ort schließen und die Kommunen müssten das selber abwickeln. Er habe Rot-Grün immer als Unterstützer für Trägervielfalt wahrgenommen. „Ungleiches ungleich zu behandeln“ sei ein falscher Ansatz, weil sich alle Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen in der gleichen Situation, nämlich einer finanziellen Schieflage befänden. Es gebe keine Kita, die finanziell ausreichend ausgestattet sei.

In der Tat sei etwas Zeit nötig, um ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen, zumal – wie bereits ausgeführt – die Vorgängerlandesregierung nichts Zielführendes hinterlassen habe. Ein neues Gesetz könne nicht innerhalb von 100 Tagen aufgelegt werden. Rot-Grün habe ja noch nicht einmal ein Eckpunktepapier im Parlament vorgelegt. Auch das Ministerium sei nicht in der Lage gewesen, ein solches Papier zu erstellen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) geht auf die Wortmeldungen aus dem Ausschuss ein: „500 Millionen €“ basiere auf der Einschätzung der Fachabteilung seines Hauses, pro Jahr etwa 250 Millionen € vorsehen zu müssen, um für eine Bestandssicherung zu sorgen. Eine präzise Abrechnung werde erst in Zukunft möglich sein. Eine Auszahlung erfolge auch noch für das laufende Jahr.

Auf Jugendamtsbezirksebene könnten die Mittel einrichtungsübergreifend und mit Zustimmung des Jugendamtes auch darüber hinaus eingesetzt werden. Er appelliere an die Abgeordneten, nicht erneut in ein Pingpongspiel zu verfallen, dass etwa Mittel im KiBiz nicht richtig angelegt gewesen seien. Immerhin hätte Rot-Grün sieben Jahre Zeit gehabt, an der Stelle eine Korrektur vorzunehmen. Er empfehle, jetzt gemeinsam einen Neuanfang zu starten.

Frank Müller (SPD) reklamiert als Abgeordneter der Opposition angesichts eines Betrages von 500 Millionen € durchaus das Recht, Nachfragen stellen zu dürfen. Zu überlegen sei, ob diese Mittel ausreichten und richtig eingesetzt würden. Er bitte um Auskunft aus der Fachabteilung, wie man diese Zahl ermittelt habe. Auch bei den Jugendämtern sei keine Anfrage bezüglich des Bedarfs durchgeführt worden. Wie sei es konkret um das Thema „Schließung von Einrichtungen“ bestellt? Defizitär bleibe jede Einrichtung zunächst einmal so lange, wie seitens des Landes und der Kommune keine vollständige Übernahme des Anteils erfolge. Eine Einrichtung müsse mindestens den Eigenanteil erwirtschaften, der durchaus unterschiedlich ausfallen könne. Insofern erschließe sich für ihn der Zusammenhang zwischen dem Kita-Rettungsprogramm und der Bautätigkeit nicht.

Vor der Sommerpause habe der Abgeordnete Witzel verlauten lassen, es gebe dank des Rettungsprogramms mehr Kitaplätze, mehr und flexiblere Öffnungszeiten. – Die bisherigen Aussagen des Ministers richtig verstanden, gehe es allerdings lediglich um die Erhaltung eines Status quo, um Zeit zu gewinnen, damit eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt werden könne. An der Stelle gebe es einen Widerspruch. Er gehe davon aus, dass das Rettungspaket nicht ausreichen werde, um das Ziel zu erreichen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) stellt klar, wenn nicht feststehe, wie der laufende Betrieb finanziert werde, gebe es auch keine Bautätigkeit. Nicht nachvollziehen könne er, dass angesichts von 500 Millionen € die Rede davon sei, man wolle lediglich den Status quo halten. Vielmehr sei es ihm um eine unbürokratische und möglichst schnelle Vorgehensweise gegangen. Bei einer kompletten Abfrage bei den Jugendämtern wäre es in diesem Jahr nicht mehr zu einer Auszahlung gekommen. In der Verbändeanhörung sei zum Ausdruck gekommen, wie überrascht alle seien, wie viel die neue Landesregierung im Zusammenhang leiste.

Susana Dos Santos Herrmann (SPD) greift den Hinweis des Ministers auf die nicht ausreichenden Kindpauschalen als Konstruktionsfehler des Kinderbildungsgesetzes auf. Die Finanzierungssystematik funktioniere letztendlich nicht.

Laut Koalitionsvertrag solle die Kindertagespflege gestärkt werden, sei allerdings im Rettungsprogramm ausgeklammert worden. Was plane der Minister mit Blick auf die Auskömmlichkeit der Kindertagespflege?

Unstrittig, merkt **Josefine Paul (GRÜNE)** an, würden 500 Millionen € zusätzlich im System begrüßt. Mehr Geld für frühkindliche Bildung sei kein Schritt in die falsche Richtung. Trotzdem – das habe der Abgeordnete Hafke in der letzten Legislaturperiode immer wieder praktiziert – sei es der Opposition erlaubt, Nachfragen zum genauen Zustandekommen dieser Summe zu stellen. Eine konkrete Grundlage müsse vorhanden sein. Dabei sei es nicht ausreichend, lediglich auf Gespräche vor Ort zurückzugreifen.

Sie trete der Behauptung entgegen, Ungleiches ungleich zu behandeln bedeute einen falschen Weg, weil alle Kindertageseinrichtungen mit den gleichen Problemen zu tun

hätten. Träger, die mehrere Einrichtungen betreuten, hätten sehr unterschiedliche Lücken ausmachen können. Also, so die Abgeordnete, müsste man eigentlich schon innerhalb einer Trägerlandschaft „Ungleiches ungleich behandeln“. Zugunsten einer unbürokratischen und schnelleren Auszahlung auf einen detaillierteren Einstieg zu verzichten – berücksichtigt werde das in der späteren Gesetzgebung –, nehme sie wohlwollend zur Kenntnis und werde das wohlwollend-kritisch beobachten.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) unterstreicht das Ansinnen, unbürokratisch und schnell zu reagieren. Völlig unstrittig sei natürlich, dass es unterschiedliche Anforderungen – z. B. regional und bezüglich der Trägerstrukturen – gebe. Darauf Rücksicht zu nehmen, wäre gegenwärtig nicht leistbar gewesen. Dass es sich um eine komplizierte Aufgabe handle, sei ihm bewusst. Diese Aufgabe gemeinsam zu lösen, könne ein Erfolg für alle werden.

„Tagespflege“ werde auch Bestandteil der Reform sein. Er habe durchaus positive Erfahrungen mit Tagespflege auf extrem hohem Niveau einschließlich einer liebevollen Betreuung von Kindern machen können. Für die Landesregierung spiele Tagespflege eine ganz wichtige Rolle. Das werde sich in der Reform niederschlagen.

Soweit es um den Vorhalt der Abgeordneten dos Santos gehe, dass ein grundsätzlicher Fehler des KiBiz im Raum stehe, weise er darauf hin, dass laut dem Gesetz für das Jahr 2011 eine Evaluation vorgesehen gewesen sei, die es nicht gegeben habe. Insofern könne die Abgeordnete der jetzigen Regierung an der Stelle kein Manko vorwerfen.

Dr. Martin Vincentz (AfD) gibt zu bedenken, „flotte Sprüche dagegen“ würden sehr schnell geäußert, konstruktive Kritik eher sehr vereinzelt. Das erlebe er jetzt auch im Parlament. An der Stelle werde offensichtlich, weshalb der Glaube an Demokratie ein Stück weiter schwinde. Im Vordergrund müsse doch stehen, was der Minister während seiner bisherigen kurzen Amtszeit überhaupt hätte bewegen können. Wie der Minister seine Ankündigungen umsetzen werde, bleibe abzuwarten. Die derzeit pauschale Kritik tue Politik nicht wirklich gut.

Für **Jens Kamieth (CDU)** steht das Fragerecht der Opposition nicht zur Disposition. Wie der Betrag in Höhe von 500 Millionen € zustande komme, habe der Minister mit dem Hinweis darauf erläutert, dass das Ministerium die entsprechenden Zahlen zur Verfügung gestellt habe. Es gebe in der Tat kein Erkenntnisdefizit.

Im Vordergrund stehe die Notwendigkeit unbürokratischer Hilfe statt einer wie auch immer gearteten Vergangenheitsbewältigung. – Soweit es um Korrekturen im Zusammenhang mit dem KiBiz gehe, wäre während der vergangenen sieben Jahre durchaus Zeit gewesen, Lösungen auf den Weg zu bringen. Die Rückwärtsgewandtheit, die aus dem Wortbeitrag der Abgeordneten Dos Santos-Herrmann zu entnehmen sei, könne er nicht nachvollziehen. Welchen Beitrag leiste das für die Familien, Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen?

Wie der Abgeordnete Müller von der SPD-Fraktion so habe auch er für seine Stadt Siegen einen Betrag/Kita von 50.000 € ermittelt. In der Tat lasse sich mit diesem Betrag eine Eingangsstelle für eine dreigruppige Kita finanzieren. Damit lasse sich beispielsweise schon im Hinblick auf Öffnungszeiten und individuelle Betreuung etwas bewirken. Er sei ausgesprochen froh, dass in seiner Kita 50.000 € mehr pro Jahr zur Verfügung stünden.

Frank Müller (SPD) vermag durchaus zu bestätigen, dass mit einem Betrag von 500 Millionen € erhebliche Mittel ins System gegeben würden. Das Fragerecht der Abgeordneten müsse ernst genommen werden: Zu diskutieren sei also darüber, wie diese Mittel am besten eingesetzt werden sollten. Ihn beschäftige, weshalb das Zahlenmaterial nicht auf den Tisch gelegt bzw. im Rahmen der Beantwortung der einschlägigen Kleinen Anfrage erläutert werde. Der Rechenweg im Ministerium solle nachvollziehbar sein. Darüber könne durchaus auch außerhalb der hiesigen offenen Runde im Nachgang gesprochen werden.

Ferner zu beantworten sei die Frage, ob es sich bei dem, was der Minister vorgestellt habe, um die Erhaltung des Status quo handle oder aber eine Vorwärtsstrategie. Er, Müller, gehe nach dem bisherigen Diskussionsstand von der Stabilisierung des Status quo aus, mit der der Minister Zeit gewinnen wolle. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass die Mittel endlich seien und sich insofern Träger überlegten, ob sie – auf Sicht von zwei Jahren – tatsächlich neues Personal einstellen wollten. Bei einem mittelgroßen Träger reichten die Mittel unter Umständen aus, um einen oder zwei Springer zu beschäftigen. Deshalb müsse auch darüber nachgedacht werden, was im Anschluss an das Rettungspaket folgen solle.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) mahnt dazu, in der Tat nicht zu viel nach hinten zu schauen. Allerdings müsse er den Hinweis aufgreifen, dass eine neugewählte Landesregierung nicht innerhalb von 100 Tagen ein neues Gesetz auflegen könne. Dieser Sicht der Dinge stimme er zwar zu; allerdings habe Rot-Grün den Ansatz des KiBiz innerhalb von sieben Jahren von 1,1 Milliarden € auf 2,8 Milliarden € angehoben und damit mehr als verdoppelt. Dem stünden aktuell 250 Millionen €/Jahr gegenüber. Warum beabsichtige der Minister nicht, nach einer Überbrückungsfinanzierung grundsätzlich ein neues Gesetz in Angriff zu nehmen? Ein System, das auf Pauschalen aufbaue, sei grundsätzlich falsch. Das Signal müsse in die Landschaft gesendet werden, dass die Finanzierungssystematik geändert werde.

Er habe großes Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und fordere deshalb Transparenz, wie die Berechnungen ausgefallen seien. Nicht nur das Ergebnis solle präsentiert werden, sondern der entsprechende Lösungsweg.

Nicht beantwortet habe der Minister auch die Frage zum Stichtag „15. März 2017“ und was mit den danach eingerichteten Plätzen passiere. – Nach seiner, Maelzers, Interpretation gehe er vom Prinzip „Pech gehabt“ aus.

Die zusätzlichen Mittel für Kitas in Nordrhein-Westfalen werde seine Fraktion nicht ablehnen und unterscheide sich damit in ihrer von der Vorgängeropposition der letzten

Legislaturperiode. Allerdings gehe es Schwarz-Gelb wohl nicht um ein unbürokratisches schnelles Vorgehen, sondern vielmehr darum, die Mittel noch in diesem Haushaltsjahr auszahlen zu können, um so Luft für die anstehenden beiden Jahre zu haben. Dazu solle sich die Regierungskoalition bekennen. Dann wolle er diesen Haushaltstrick durchaus durchgehen lassen.

Im Ministerium seien acht neue Stellen geplant. Welche Aufgaben sollten die dort vorgesehenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erledigen?

Marcel Hafke (FDP) erinnert daran, dass unter Rot-Grün ungeachtet seiner Bitte nach Zahlen, Fakten und Kita-Kosten Informationen vorenthalten worden seien. „Bemerkenswert“ empfinde er, dass Rot-Grün als Opposition jetzt schon in der ersten Sitzung entsprechend auf den Plan trete.

Der Vorwurf der Haushaltstrickerei sei genau so lächerlich. Immerhin müsse Schwarz-Gelb das ausbügeln, was Rot-Grün verschuldet habe. Er fordere von Rot-Grün Mäßigung und vernünftige Kritik. Anmerkungen, wie eine Situation verbessert werden könne, habe er bisher nicht vernommen. Dem rot-grünen Bürokratiewahn – beispielsweise in Form von elf unterschiedlichen Pauschalen – setze Schwarz-Gelb tatsächlich unbürokratisches Handeln entgegen.

Systemfehler im KiBiz? – Schwarz-Gelb habe seinerzeit eine Systemveränderung auf den Weg gebracht. Niemand habe behauptet, dass in diesem Gesetz alles richtig sei. Deshalb habe Schwarz-Gelb eine Revisionsklausel in das Gesetz hineingeschrieben. Allerdings habe sich Rot-Grün nicht an diese gesetzliche Vorgabe gehalten und das Gesetz eben nicht evaluiert. Seinerzeit sei behauptet worden, es gebe kein Erkenntnisdefizit. Mit dem 500-Millionen-Euro-Betrag wolle das Land die Kostensituation in den Griff bekommen. Die Mittel seien auf zwei Jahre angelegt, weil es um eine Neujustierung und letztendlich ein neues Gesetz gehe, das neue Komponenten enthalten und für die Auskömmlichkeit der Kitas sorgen werde. Diesen Beschluss habe das letzte Plenum gefasst. Es müsse vermieden werden, die Diskussion, die sieben Jahre lang geführt worden sei, erneut führen. Es sei doch allgemeiner Wunsch, dass die Kitas in Zukunft vernünftig arbeiten könnten und keine finanziellen Sorgen mehr haben müssten. Eine statische Größe festzulegen, reiche nicht aus, weil schon der nächste Tarifabschluss dieses System zunichte machen würde.

Eine Spitzabrechnung, wie es sie beim GTK gegeben habe, wolle niemand mehr. Der Lösungsweg könne nur über vernünftige und entsprechend strukturierte Pauschalen sowie deren Auskömmlichkeit funktionieren. 500 Millionen € seien geeignet, die strukturellen Defizite der Kitas aufzufangen und die Möglichkeit einzuräumen, die nächsten beiden Jahre überhaupt ohne Sorgen zu arbeiten.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) geht auf den Wortbeitrag ein: Bei Regierungsübernahme durch Rot-Grün habe es dermaßen viele durch das KiBiz verursachte Probleme gegeben, die mitzutragen man nicht mehr bereit gewesen sei. Die Landesregierung habe deshalb nur über landesseitig finanzierte Einzelmaßnahmen zusätzliche Mittel ins System geben können. Während seinerzeit zum Beispiel Kitas in sozialen Brennpunkten gefördert worden seien, müsse jetzt beantwortet werden, ob das aktuelle Programm

so viel Auskömmlichkeit ermögliche, dass – wie der Anspruch laute – jede Kita vor einem Trägerwechsel bewahrt werden könne. Ausweislich der Antwort auf die Kleine Anfrage sei die jeweilige finanzielle Belastungsgrenze von Trägern individuell unterschiedlich. So habe auch Rot-Grün die ganze Zeit argumentiert. – Außerdem sei zu lesen, dass eine kurzfristige Abhilfe ohne Unterscheidung nach Jugendamtsbezirken oder Trägerstruktur erforderlich sei. – Das bedeute nach seinem Verständnis einen Widerspruch in sich. Denn wenn es unterschiedliche Bedarfe gebe, müssten diese unterschiedlich abgebildet werden.

SPD und Grüne seien nicht davon überzeugt, dass die Kitas mit dem Betrag von 500 Millionen € während der nächsten beiden Jahre sorgenfrei auskämen, weil die Landesregierung nicht bereit sei, die zugrunde liegenden Berechnungen offen zu legen.

Der **Ausschuss** stimmt ab:

Für das Nachtragshaushaltsgesetz 2017 Drucksache 17/538 stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. – Gegenstimmen gibt es keine. – Es enthalten sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. – Das Haushaltsnachtragsgesetz 2017 wird mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis einstimmig angenommen.

Für das Haushaltsbegleitgesetz 2017 Drucksache 17/539 stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. – Gegenstimmen gibt es keine. – Es enthalten sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. – Das Haushaltsbegleitgesetz 2017 wird mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis einstimmig angenommen.



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

2. Sitzung (öffentlich)

28. September 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
– Einleitende Worte des Ausschussvorsitzenden	5
– Dr. Dennis Maelzer (SPD) zur Tagesordnung	5
1 Politische Schwerpunkte der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik in der 17. Wahlperiode	7
– Dr. Joachim Stamp (MKFFI) berichtet	7
2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)	16
Gesetzentwurf der Landesregierung	

Drucksache 17/538

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze
(Haushaltsbegleitgesetz 2017)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/539

Und:

Rettenungspaket KITA

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/538

- Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) berichtet 16
- Aussprache 16

Für das Nachtragshaushaltsgesetz 2017 Drucksache 17/538 stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. – Gegenstimmen gibt es keine. – Es enthalten sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. – Das Haushaltsnachtragsgesetz 2017 wird mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis einstimmig angenommen.

Für das Haushaltsbegleitgesetz 2017 Drucksache 17/539 stimmen die Fraktionen von CDU und FDP. – Gegenstimmen gibt es keine. – Es enthalten sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. – Das Haushaltsbegleitgesetz 2017 wird mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis einstimmig angenommen.

**3 Die soziale Wirklichkeit der Familienmodelle endlich anerkennen –
Regenbogen Familien rechtlich gleichstellen! 25**

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/527

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag der Grünen- Fraktion einvernehmlich darauf, zum Thema des Tagesordnungspunktes am 9. November 2017 im Anschluss

an die für diesen Tag vorgesehene reguläre Ausschusssitzung eine Anhörung durchzuführen. Je Fraktion sollten zwei Sachverständige benannt werden.

4 Endlich raus aus der „Teilzeitfalle“ – Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen **26**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/504

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen stimmt der Ausschuss darüber ab, in welchem Rahmen er sich als mitberatender Ausschuss an der im federführenden Ausschuss zum Thema des Tagesordnungspunktes stattfindenden Anhörung beteiligen wird:

Für die vom Antragsteller gewünschte pflichtige Teilnahme stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.
– Die Fraktionen von CDU, FDP und AfD enthalten sich. –
Damit ist die pflichtige Teilnahme einstimmig beschlossen.

5 Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen **27**

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/472

Der Ausschuss verständigt sich auf Anregung von Josefine Paul (GRÜNE) einstimmig darauf, sich an der Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes im federführenden Ausschuss als mitberatender Ausschuss freiwillig zu beteiligen.

6 Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes in Nordrhein-Westfalen **28**

Vorlage 17/139

- Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) berichtet 28
- Aussprache 28

7 Platz- und Personalmangel bis 2025 in der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage) 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/140

– Aussprache 30

8 Verschiedenes 32

– Terminplanung

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig auf den als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Terminplan für das zweite Halbjahr 2017 sowie 2018.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

wendet sich **Vorsitzender Wolfgang Jörg** mit folgenden Worten an die Anwesenden:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen zur ersten Sitzung unseres Ausschusses. Mein Name ist Wolfgang Jörg. Ich bin Vorsitzender dieses Ausschusses und hier seit 2005 Mitglied. Ich habe elf Jahre als Sprecher meiner Fraktion gearbeitet. Seit 2005 habe ich in diesem Ausschuss schon einiges erlebt, bis hin zu Minderheitenregierungen unterschiedlichste Konstellationen. Ich kann Ihnen sagen: Man glaubt zwar immer, die besten Leute nur in den eigenen Reihen zu finden; meine Erfahrung zeigt allerdings nach zwölf Jahren, dass es auch in anderen Parteien gute Leute gibt. Auch wenn man das zunächst nicht glauben mag.

Ich werde größten Wert darauf legen, dass wir in diesem Ausschuss mit viel Respekt miteinander umgehen, weil ich glaube, dass Respekt vor der anderen Meinung und Haltung sozusagen Grundkonsens unter den Demokraten sein muss, den wir pflegen sollten. Das jedenfalls ist meine herzliche Bitte.

Wir sollten uns auch daran erinnern, dass unser Ausschuss der Ausschuss in diesem Parlament ist, der sich unabhängig von Parteien für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien einsetzt. Von daher hoffe ich sehr, dass wir in vielen Bereichen einen Konsens erzielen werden, auch wenn das nicht immer einfach sein wird. Aber in den letzten zwölf Jahren ist uns das an einigen Stellen auf jeden Fall gelungen.

Weil wir hier im Ausschuss sehr viele neue Gesichter haben und sehr viele neue Rollen – jeder muss gucken, wie er die in den nächsten Wochen ausfüllt –, schlage ich vor, dass wir unter den hier am Tisch Anwesenden eine kurze Vorstellungsrunde machen.

(Die Anwesenden stellen sich kurz vor.)

– Herzlichen Dank! Ich habe den Eindruck, dass viel Fachkompetenz am Tisch ist. Das wird für unsere Arbeit sicherlich sehr sachdienlich sein. Auf gute Zusammenarbeit!

Ich begrüße bei der Gelegenheit natürlich auch unsere Gäste. Auch die Presse sehe ich. Seien Sie alle herzlich willkommen!

Dr. Dennis Maelzer (SPD) beantragt namens seiner Fraktion, den Tagesordnungspunkt unter dem Stichwort „Rettungspaket KITA“ gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Gerade im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt sei für

den hiesigen Ausschuss das Rettungspaket von zentraler Bedeutung. – Der **Ausschuss** erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden und tritt in die **Beratung** seiner Tagesordnung ein: